

Österreich 1933-38

Rezension von: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933-1938*, fünfte, völlig überarbeitete und ergänzte Auflage, Lit Verlag, Münster u. a. 2005, 448 Seiten, € 19,90.

Neben der NS-Herrschaft ist die Zeit der Diktatur 1933-38 die in der wissenschaftlichen Diskussion und im öffentlichen Diskurs umstrittenste Periode der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der vorliegende Band bildet die fünfte, völlig überarbeitete und ergänzte Auflage des 1984 erstmals veröffentlichten Sammelwerkes. Die meisten der in der Auflage von 1988 enthaltenen Beiträge wurden aktualisiert, und einige ganz neue Artikel erweitern das thematische Spektrum erheblich.

Das politische System

In ihrem Beitrag über die Entstehungsgeschichte des Regimes weisen Emmerich Tálos und Walter Manoschek darauf hin, dass wichtige Akteure der politischen Rechten, nämlich insbesondere die Heimwehren, aber auch der Landbund und Bundeskanzler Seipel, bereits 1928, also schon vor dem Beginn der ökonomischen Krise, Verfassungsänderungen forderten, welche das Ziel hatten, die Rolle des Parlaments im politischen Entscheidungsprozess zu schwächen und den Einfluss der Sozialdemokraten zu vermindern.

Mit dem Einsetzen der katastrophalen wirtschaftlichen Krise und den wachsenden Erfolgen der Nationalsozialisten intensivierten sich in den Krei-

sen der Christlichsozialen die Bestrebungen, grundlegende politische Änderungen herbeizuführen. Schon im Sommer 1932 traten Regierungsmitglieder ausdrücklich dafür ein, die Durchsetzung des zur Lösung der ökonomischen Krise vorgesehenen Bündels an finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, nämlich die Sanierung des Budgets und der Banken bei gleichzeitiger Belastung großer Teile der Bevölkerung durch neue Steuern und sozialpolitischen Abbau, mittels der Ausschaltung des Parlaments zu sichern. Die sich offen als faschistisch deklarierenden Heimwehren und Mussolini drängten auf die Errichtung eines autoritären Herrschaftssystems.

Anfang März 1933 nutzte die Regierung Dollfuß die formale Blockade des Nationalrats zu dessen Ausschaltung. Bei dem in der Folge realisierten politischen Umbruch konnte sich die Regierung, die im Unterschied zu Deutschland und Italien die treibende Kraft bei der Beseitigung der Demokratie, der Zerschlagung der Opposition und der Etablierung einer Diktatur war, auf die Christlichsoziale Partei, die Heimwehren, die Unternehmerverbände und die Katholische Kirche stützen, außenpolitisch lehnte sie sich an das faschistische Italien an.

Wichtige Teile des in der Übergangsphase bis April 1934 verwirklichten Umbruchs bildeten neben der Ausschaltung des Nationalrats das Regieren per Notverordnung, die Lahmlegung des Verfassungsgerichtshofs, Einschränkungen für die Justiz, die teilweise Aufhebung von Grundrechten und die Auflösung der Parteien. Der 12. 2. 1934 stellte den Abschluss der sukzessiven und systematischen Zerschlagung der Sozialdemokratie dar.

Mit der Verfassung vom 1. 5. 1934 schrieb die Regierung Dollfuß die in der

Übergangsphase 1933/34 realisierten Veränderungen fest und besiegelte auch formal den Bruch mit der parlamentarischen Demokratie. Wichtigster Träger der autoritären Herrschaft war der Bundeskanzler, denn die Verfassung wies ihm die Führungsposition zu. Mit der Vereinigung von legislativer und exekutiver Gewalt in der Hand der Regierung wurde ein Kernprinzip rechtsstaatlicher Demokratie beseitigt. An die Stelle der Konkurrenz zwischen den Parteien trat die Monopolorganisation Vaterländische Front. Grundrechte konnten durch das Notrecht der Verwaltung eingeschränkt werden.

Tálos und Manoschek betonen die breite Kluft zwischen verfassungsrechtlichem Rahmen und politischer Wirklichkeit, insbesondere hinsichtlich der anvisierten berufsständischen Ordnung. Letztere wurde nur in Ansätzen realisiert. Der auch heute noch häufig verwendete Ausdruck „Ständestaat“ ist zur Kennzeichnung der politischen Realität der Jahre 1933-38 daher völlig verfehlt. Die neu geschaffenen Interessenorganisationen waren für die Absicherung des Herrschaftssystems dennoch keineswegs bedeutungslos: Die Ausschaltung offener Konfliktaustragung verhinderte u. a., dass die Arbeiterschaft gegen den auf gesetzlicher Ebene und in den Betrieben forcierten Sozialabbau effektiven Widerstand leisten konnte.

Außenpolitik

Der neue Beitrag von Winfried Garbscha über den Nationalsozialismus in Österreich und jener von Karl Stuhlpfarrer über die Außenpolitik zeigen, wie die Entwicklung in Österreich von den Entwicklungen in Deutschland und Italien beeinflusst wurde. Die deutsche Regierung übte mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen starken Druck von

außen, die österreichische NSDAP mittels Terror und Propaganda massiven Druck von innen gegen das autoritäre Regime in Wien aus. Der Putschversuch und die Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1934 bildeten den ersten Höhepunkt dieser Terrorwelle.

Nach dem Scheitern der putschistischen Strategie schlug die deutsche Österreich-Politik einen „evolutionären“ Kurs ein. Von entscheidender Bedeutung war in der Folge die deutsch-italienische Annäherung im Jahre 1936. Mit dieser endete der Schutz Mussolinis für Österreich. Das Juli-Abkommen sollte eigentlich die deutsch-österreichischen Beziehungen normalisieren. Doch das nicht veröffentlichte Zusatzprotokoll bedeutete in der Realität das Gegenteil der Anerkennung der Souveränität Österreichs, nämlich die permanente deutsche Einmischung.¹ Der konzentrierten und konzertierten Subversion durch das nationalsozialistische Deutschland auf wirtschaftlichem, propagandistischem, kulturellem und politischem Gebiet hatten die österreichischen Behörden wenig entgegenzusetzen, zumal die Regierung eine Kooperation mit den Sozialdemokraten gegen den deutschen Druck ablehnte. Der Versuch Schuschniggs, die „nationale Opposition“ zu spalten und einen Teil von ihr über das im Juli 1937 eingerichtete „Volkspolitische Referat“ der VF in den Staat zu integrieren, war zum Scheitern verurteilt. Tatsächlich wurde das Volkspolitische Referat zu einem wichtigen Faktor der Desintegration in der VF und schwächte die ideologische Widerstandskraft gegen die Nazis.

Unstrittig ist, so Tálos im Resümee, dass die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg Widerstand gegen die NS-Expansion leisteten. „Ihr Widerstand galt allerdings nicht der Verteidi-

gung eines selbstständigen und demokratischen Österreich, sondern der Aufrechterhaltung einer Diktatur, die in Konkurrenz zum Nationalsozialismus stand.“ (S. 412)

Wirtschaftspolitik

Geschwächt wurde die Widerstandskraft Österreichs gegenüber dem Nationalsozialismus auch durch die völlig verfehlte Konjunkturpolitik des Regimes, wie Gerhard Senft, der Autor des neueren Standardwerks zur Wirtschaftspolitik in den dreißiger Jahren² und Verfasser des einschlägigen Beitrags im vorliegenden Sammelband, betont. Dass Preisstabilität, Währungsstabilität, Bankensanierung und ein ausgeglichener Staatshaushalt die wirtschaftspolitischen Prioritäten waren und blieben, zeigt, dass aus der Weltwirtschaftskrise die falschen konjunkturpolitischen Schlüsse gezogen wurden.

Im Mai 1931 war die Credit-Anstalt, die größte Bank Mitteleuropas, zusammengebrochen. Mit der Schuldenübernahme wurde der österreichische Staat zum Mehrheitseigentümer der CA. Der Sanierungsbedarf bedeutete für den Staatshaushalt eine enorme Überstrapazierung. Vor allem diese Ausgabengruppe und die depressionsbedingten Mindereinnahmen hatten zur Folge, dass das Ziel des ausgeglichenen Staatshaushalts verfehlt wurde. Doch insgesamt ist die Budgetpolitik als „harter Restriktionskurs“ (S. 187) zu beurteilen.

Ausgabenseitige Impulse für eine Belebung der Binnennachfrage waren sehr schwach ausgeprägt, beschränkten sich auf eine Anleihenpolitik, wobei die Erträge allerdings nur partiell für öffentliche Investitionen verwendet wurden, sowie auf einige Arbeitsbeschaffungsprogramme, deren tatsächlicher

Umfang in keinerlei Verhältnis zum Propagandaaufwand stand. „Das zwischen 1934 und 1938 eingebrachte Volumen an öffentlichen Investitionen reichte bei weitem nicht aus, den krisenbedingten Nachfrageausfall des privaten Wirtschaftssektors zu kompensieren.“³

Restriktiv angelegt war nicht nur die Fiskalpolitik, sondern auch die Geldpolitik. Senft gelangt zu dem Urteil, dass die Politik des knappen Geldes nur zum Teil durch die Auslandsverschuldung (bis 1936 stand Österreich unter Beobachtung von Seiten des Völkerbunds), überwiegend aber durch die – von den Ereignissen der frühen zwanziger Jahre geprägten – Inflationsängste bestimmt war.

Zu den deflationären Effekten der Haushalts- und Geldpolitik traten jene der Lohn- und Sozialpolitik hinzu: Die Neutralisierung der Gewerkschaften lieferte die ArbeitnehmerInnen weitgehend der Willkür der Arbeitgeber aus. „Krisenlasten wurden nun ungestört von ‚oben nach unten‘ verteilt, was konkret Lohnsenkungen, schmerzhaft Eingriffe in das Arbeitsrecht sowie schwerwiegende Veränderungen in den Bereichen der Sozialversicherungen und der Pensionsorganisationen bedeutete.“ (S. 186)

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass lediglich außenwirtschaftliche Impulse imstande waren, die herrschende Stagnation zu durchbrechen: Ab 1935 profitierten Teile der Industrie von der anlaufenden internationalen Rüstungskonjunktur.

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik des autoritären Regimes wies, das zeigen Emmerich Tálos und Gerhard Melinz in ihren Beiträgen, eine extreme Schiefelage zulasten der ArbeitnehmerInnen auf. Mit der Auflösung der Freien Gewerkschaften, der

Errichtung des Gewerkschaftsbundes als Körperschaft öffentlichen Rechts, der Einsetzung von Verwaltungskommissionen bei den Kammern für Arbeiter und Angestellte und der Außerkraftsetzung des Betriebsrätegesetzes waren die Möglichkeiten einer effektiven Interessenvertretung zugunsten der ArbeitnehmerInnen drastisch eingeschränkt. Das Verbot von Streiks und Aussperrungen, die Zwangsschlichtung und die Errichtung berufsständischer Ausschüsse bildeten weitere autoritäre staatliche Interventionen in die Arbeitsbeziehungen. Selbstverständlich wurde der Klassenkampf damit nicht beendet, sondern setzte sich unter Rahmenbedingungen fort, die für die Arbeitgeberseite weit günstiger waren. Die Unternehmungen nutzten die Ausschaltung der oppositionellen Arbeiterbewegung aus, indem sie bestehende Kollektivverträge nicht einhielten bzw. den Abschluss neuer verweigerten und geltende Bestimmungen des Arbeitsrechts übertraten. „Entgegen allen propagandistischen Ankündigungen war die soziale Realität dieser Diktatur nicht von sozialem Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, nicht von der Einlösung von Ansprüchen der Arbeiterschaft, sondern von dessen Gegenteil geprägt.“ (S. 234)

Resümee

Im abschließenden Resümee versucht Tálos, das Regime unter Berücksichtigung des ideologischen Selbstverständnisses und Anspruchs sowie der politischen Wirklichkeit einzuordnen zwischen Nationalsozialismus und Faschismus einerseits und den Mitte

der dreißiger Jahre existierenden rechtsgerichteten Diktaturen in Europa andererseits. Im Unterschied zu vielen anderen Studien diagnostiziert Tálos „eine unübersehbar größere Nähe des österreichischen Herrschaftssystems 1934-38 zu den Faschismen in den Nachbarstaaten“ (S. 417) und verwendet folgerichtig auch durchgängig den Begriff „Austrofaschismus“. Zweifellos wird noch viel komparative Forschung erforderlich sein, um diese schwierige Frage befriedigend beantworten zu können.

Allen LeserInnen, die ihr Wissen über diese umstrittene Phase der österreichischen Zeitgeschichte vertiefen wollen, sei dieser Band sehr empfohlen, ist doch der ganz überwiegende Teil der Beiträge von hoher Qualität. Die neuen Artikel bereichern sowohl die Kenntnisse über das politische System als auch über die politische und soziale Realität.

Es bleibt zu hoffen, dass auch einige Mitglieder der Führungsriege einer großen österreichischen Partei zu diesem inhaltsreichen Buch greifen. Wer weiß, vielleicht verschwände dann sogar endlich das eine oder andere Porträt aus den Klubräumen dieser Partei?

Martin Mailberg

Anmerkungen

¹ Mit der politischen Amnestie für die österreichischen Nationalsozialisten sanktionierte Schuschnigg zudem die bisherige deutsche Subversionsstrategie.

² Senft, Gerhard, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934-38 (Wien 2002).

³ Ebendort 514.